

# „POLITISCH MOTIVIERTE ADOPTIONEN“ IN DER DDR 1966-1990: EIN WERKSTATTBERICHT

**S**taatliche Eingriffe in die Rechte von Eltern kommen in allen Gesellschaften vor, in denen das individuelle Kindeswohl von Jugendfürsorge und Sozialpolitik nötigenfalls auch gegen den Willen von Eltern durchgesetzt werden soll und muss. In Diktaturen wie der DDR waren Eltern derartigen Maßnahmen schutzlos ausgeliefert und hatten keinerlei Rechte oder andere Möglichkeiten wie öffentlichen Protest oder Lobbying, um sich dagegen zu wehren – auch und gerade wenn es dem Staat ganz offensichtlich *nicht* um das Kindeswohl ging. Die unterschiedlichen Formen des irregulären und in bestimmten Fällen politisch motivierten Erziehungsrechtsentzuges zu DDR-Zeiten wurden in den vergangenen Jahren unter Labels wie „Zwangsadoptionen“ und „gestohlene Kinder“ in einer breiteren Öffentlichkeit thematisiert. In der Politik besteht mittlerweile Einigkeit darüber, dass diese Menschenrechtsverletzungen künftig in Programme und Hilfen zur Unrechtsbereinigung einbezogen werden sollen. Derzeit fehlt allerdings noch eine umfassende geschichtswissenschaftliche Erforschung dieses Phänomens. Der Vortrag wird aufgrund einer unter meiner Leitung am ZZF Potsdam durchgeführten und 2018 veröffentlichten [Vorstudie](#) erste Befunde, Thesen und Ausblicke präsentieren.

PROF. DR. THOMAS LINDENBERGER (DRESDEN)

Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Historisches Seminar

Professur für Wirtschafts-, Sozial- und Umweltgeschichte (Prof. Dr. Melanie Arndt)

zusammen mit der Professur für Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts (Prof. Dr. Sylvia Paletschek)

Donnerstag, 14.01.2021

18:15-19:45 Uhr

Die Veranstaltung findet online über Zoom statt. Bitte melden Sie sich für den Zoom-Zugang bei:  
[sekretariat.wsu@geschichte.uni-freiburg.de](mailto:sekretariat.wsu@geschichte.uni-freiburg.de) (Natascha Kindermann)